

# Die Auslandseinsätze im Rückblick – Was wir für die Zukunft lernen sollen

Vortrag von Winfried Nachtwei, MdB a.D.,  
bei der Nürnberger Sicherheitstagung 2011<sup>1</sup> am 24. Juni 2011:  
*„Die Bundeswehr im Auslandseinsatz –  
politische Verantwortung und militärische Führung“*

Danke sehr für die Gelegenheit, zu einem Thema zu sprechen, das mich seit Jahrzehnten umtreibt: Als ich 1966 Offiziersanwärter bei der Bundeswehr war, war ich bereit, „für die Verteidigung der Freiheit“ nach Vietnam zu gehen. Zum Glück ergab sich die Möglichkeit nicht. Politisch sozialisiert wurde ich danach in meinen Studienjahren stark durch den Protest gegen den Vietnamkrieg. Meine Examensarbeit schrieb ich zum deutschen Kolonialismus in Südwestafrika und dem Krieg der sog. „Schutztruppe“. Von 1994 bis 2009 war ich als Mitglied des Bundestages und des Verteidigungsausschusses intensiv an allen Entscheidungsprozessen zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr beteiligt. Nach meinem freiwilligen Ausstieg aus dem Bundestag fühle ich mich weiter in Mitverantwortung. Denn ich gehöre ja zu denjenigen, die uns Afghanistan eingebrockt haben.

## Die Auslandseinsätze heute: zwiespältig

**In den Einsatzgebieten:** Der erste große Einsatz, der auf dem Balkan, ist auf der Zielgeraden. Die Erfüllung des militärischen Auftrags ist in Sicht – und außerhalb der öffentlichen Wahrnehmung. In Afghanistan sind Bundeswehrsoldaten seit zwei/drei Jahren mit einem Guerilla- und Terrorkrieg konfrontiert. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik stehen ihre Soldaten in Gefechten. Ein glimpflicher Ausgang des Einsatzes ist keineswegs sicher, ein Scheitern des gesamten internationalen Engagements ist möglich.

**In Berlin** wurde die Enthaltung Deutschlands im UN-Sicherheitsrat bei der Libyen-Resolution mit Argumenten begründet, die auf ein nachträgliches Dementi des Kosovo- und Afghanistaneinsatzes hinauslaufen. Die neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien und Verteidigungsminister de Maziere betonen demgegenüber, dass Auslandseinsätze nicht nur aus unmittelbaren deutschen Sicherheitsinteressen resultieren können, sondern darüber hinaus aus der internationalen Verantwortung Deutschlands.

**In der Bevölkerung** ist die anfänglich mehrheitliche Zustimmung zum Afghanistaneinsatz auf eine Minderheit geschrumpft. Andere Einsätze sind fast gar nicht bekannt. Zugleich halten sich lt. Bevölkerungsumfrage des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr SOWI 2009 die Kenntnisse zu Auslandseinsätzen sehr in Grenzen: Nur 50% wissen ungefähr, wo Afghanistan liegt; 49% wissen nichts Konkretes zu ISAF, 70% zu KFOR. Seit 1996 ist ungefähr gleichbleibend die Zustimmung zu der Aussage, deutsche Politik solle sich lieber auf die Probleme im eigenen Land konzentrieren und sich aus Problemen, Krisen und Konflikten anderer Länder heraushalten.

**Im Bündnis** gilt Deutschland vor allem nach dem Umgang mit dem AWACS-Einsatz in Afghanistan und der Enthaltung bei der Libyen-Resolution im UN-Sicherheitsrat als unzuverlässig.

---

<sup>1</sup> Gegenüber dem gesprochenen Wort ergänzte Fassung. Veranstalter: Friedrich-Naumann- und Thomas-Dehler-Stiftung, Nürnberger Zeitung, Deutscher Bundeswehrverband, Clausewitz-Gesellschaft, Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik, Verband der Reservisten der Bundeswehr, Deutsche Atlantische Gesellschaft in Kooperation mit AK Bundeswehr und Wirtschaft Bayern; Tagungsleitung: Hildebrecht Braun, MdB a.D., Edgar Trost, Generalleutnant a.D.

## **Rückblick Einsätze**

Seit Jahrzehnten leistete die Bundeswehr Dutzende internationale Hilfseinsätze, 1960 erstmalig beim Erdbeben in Agadir mit über 400 Sanitätern. Allein im Jahr 1980 liefen Hilfseinsätze in Nicaragua, Somalia, Mali, Uganda, Pakistan, Sudan, Algerien, Mozambique, Italien.

Der erste sicherheitspolitische Auslandseinsatz deutscher Kräfte fand 1989/90 bei UNTAG statt, der UN-Mission zur Überwachung des Unabhängigkeitsprozesses von Namibia. Hieran nahmen 50 BGS-Beamte und 30 DDR-Polizisten – neben Tausenden Soldaten und Polizisten aus anderen Ländern – teil. Die Mission war ein Erfolg.

Weitestgehend vergessen ist, wann und wo der erste Bundeswehrangehörige im Einsatz durch gegnerische Einwirkung fiel: Es war der Oberstabsarzt Dieter Eissing, der im Rahmen der Beobachtermission UNOMIG in Georgien (Abchasien) am 8. Oktober 2001 mit einem UNOMIG-Hubschrauber abgeschossen wurde.

Exemplarisch gehe ich im Weiteren auf die Balkan-Einsätze, den Kongo- und den Afghanistaneinsatz ein.<sup>2</sup>

### **Balkan (Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Mazedonien)**

In Bosnien-Herzegowina kamen NATO und Bundeswehr erst sehr spät zum Einsatz – nach drei Jahren Belagerung Sarajewos, nach dem Massaker von Srebrenica.

Der Kosovo-Luftkrieg der NATO gegen Serbien war nicht durch ein UN-Mandat legitimiert.

Der humanitär begründete Einsatz stand insofern im Widerspruch zur UN-Charta. Das Primärziel, eine humanitäre Katastrophe zu verhindern, konnte zunächst nicht erreicht werden. Nach Beginn der Luftangriffe eskalierte der serbische Vertreibungsterror.

Letztendlich konnte aber die Massenvertreibung Hunderttausender Kosovo-Albaner rückgängig gemacht werden. Die folgende Flucht und Vertreibung eines Großteils der Kosovo-Serben wiederum konnte nicht gestoppt werden.

In Montenegro, Presevoval und vor allem Mazedonien brannten 2000/2001 erneut die Luntten. Hier gelang erstmalig die konzertierte politische Prävention. Ein neuer Balkankrieg konnte verhindert werden.

Insgesamt waren die NATO-Truppen und die Bundeswehr erfolgreich dabei, die Kriegsgewalt auf dem Balkan einzudämmen und zu stoppen. Das rettete Tausenden Menschen das Leben – ein unsichtbarer Erfolg. Dass damit die politischen Konflikte keineswegs gelöst waren, dass der soziale Sprengstoff noch erheblich ist, steht auf einem anderen Blatt.

### **Demokratische Republik Kongo 2006**

Die deutsche Teilnahme an EUFOR DR Congo gehörte wie UNIFIL II (ab September 2006 vorm Libanon) zu den Einsätzen, die auch bei den bürgerlichen Parteien sehr umstritten waren. (Beide Einsätze wurden von der FDP abgelehnt.) Ich empfand das damals als ein Bröckeln im bisherigen, seit 1999 und 2001 gewachsenen sicherheitspolitischen Konsens. Unabhängig vom vielleicht fragwürdigen Zustandekommen der UN-Anfrage an die EU war die Mission in unseren Augen notwendig: Die Wahlen waren für das Herzland Zentralafrikas eine entscheidende und äußerst riskante Hürde auf dem Weg vom „ersten afrikanischen Weltkrieg“ zu mehr Stabilisierung und Frieden. Machtpolitisch war die Unterstützung der UN-Blauhelme von MONUC in der Hauptstadt Kinshasa vordringlich.

---

<sup>2</sup> Den besten Überblick über die einzelnen deutschen Auslandseinsätze bietet: Wegweiser zur Geschichte - Auslandseinsätze der Bundeswehr, hrsg. im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes von Bernhard Chiari und Magnus Pohl, Paderborn 2010; ganz neu: Christoph Schwegmann (Hrsg.): Bewährungsproben einer Nation – Die Entsendung der Bundeswehr ins Ausland, Berlin Juni 2011

In einem Gemeinschaftsunternehmen von kongolesischer Zivilgesellschaft, katholischer Kirche, südafrikanischer Unterstützung, internationalen Wahlhelfern, MONUC und EUFOR wurden die kritischen Wochen gemeistert.

Wir hatten gegenüber der Bundesregierung darauf gedrängt, anschließend vor allem die Sicherheitssektorreform und MONUC zu unterstützen. Das geschah nicht. Diese faktische politische Abwendung vom Kongo entwertete nachträglich die richtigen, großen Worte zur Bedeutung des Friedensprozesses im Kongo, welche die Bundesregierung zur Begründung von EUFOR ins Feld geführt hatte. Dass im November 2011 erneut Wahlen anstehen, dass gerade 47 nationale und internationale Nichtregierungsorganisationen die Staatengemeinschaft dazu aufriefen, bei der anstehenden Verlängerung des MONUSCO-Mandats diese angesichts der krassen humanitären Lage im Ost-Kongo nicht zu schwächen, sondern zu stärken – wen interessiert das noch?<sup>3</sup>

### **Afghanistan**

Ausschlaggebend für die Entscheidung zum Doppelleinsatz der Bundeswehr bei der Operation Enduring Freedom (OEF) und bei ISAF war in Berlin im Jahr 2001 die Bündnisloyalität gegenüber den USA. Ziel war, dem Terrornetzwerk Al Qaida seinen Rückzugsraum und die Ausbildungslager in Afghanistan zu nehmen und eine Staatlichkeit zu fördern, die keine Bedrohung der internationalen Sicherheit mehr zulassen sollte.

Die Beteiligung bei OEF war keineswegs so „uneingeschränkt“, wie es das Versprechen der „uneingeschränkten Solidarität“ von Bundeskanzler Schröder nahelegte. Die Realität des Einsatzes der bis zu 100 Spezialeinheiten des KSK blieb weit hinter dem Auftrag und manchen Befürchtungen zurück. Obwohl sie militärisch nicht mehr benötigt wurden, blieben die KSK Soldaten weit über 2002 hinaus im OEF-Einsatz – primär aus symbolpolitischen Motiven gegenüber den USA.

ISAF war bis 2005/2006 im Rahmen ihres Sicherheitsunterstützungsauftrags eher erfolgreich. Im Nordosten wirkten ISAF und Bundeswehr bis Mai 2007 erfolgreich als Puffermacht zwischen verschiedenen Gewaltakteuren mit erheblichen Konfliktpotenzialen. Ein deutliches Zeichen dafür war eine Resolution, die eine Versammlung von Rechtsgelehrten, Ältestenvertretern, Lehrerschaft, Schülerinnen und Schülern, Jugendorganisationen und Handwerksgenossenschaft der Provinz Kunduz verabschiedeten, nachdem Ende Mai 2007 einem Selbstmordattentäter auf dem Markt von Kunduz drei Bundeswehrangehörige und sieben afghanische Zivilpersonen zum Opfer gefallen waren:

*„(...) 8. Die Anwesenheit des deutschen PRT's in der Provinz Kunduz ist so notwendig wie das Wasser zum Leben. Die leidgeplagten Einwohner der Provinz Kunduz brauchen weiterhin die Unterstützung des PRT's.“*

Im Sommer 2006 kehrte der Krieg sichtbar nach Afghanistan zurück. Mit der Süd- und Osterweiterung von ISAF gerieten britische und kanadische ISAF-Truppen in Helmand und Kandahar in heftigste Gefechte. Der Raum Kunduz wurde 2008/9 zu einem Guerillakriegsgebiet.

Strategische Fehler und Versäumnisse der ersten Jahre zeigten jetzt ihre Wirkung. Strategische Dissense zwischen den USA mit einzelnen Verbündeten einerseits und UN, Deutschland und einigen Verbündeten andererseits standen sich jahrelang und politisch nicht ausgetragen gegenüber: Primat der militärischen Terrorbekämpfung vs. Primat der Sicherheits- und Staatsaufbauunterstützung, Gegnerfixierung vs. Bevölkerungsorientierung, Vorrang des Irakkrieges vs. Schwerpunkt Afghanistan.

Allen Verbündeten gemeinsam waren vor allem vier Fehler: Die naive Unterschätzung der Herausforderung von Stabilisierung und Friedensförderung in Afghanistan; die unhistorische Fixierung auf Zentralstaatlichkeit; das Missverhältnis im Mitteleinsatz für das Militär und

---

<sup>3</sup> Human Rights Watch 9. Juni 2011, [www.hrw.org](http://www.hrw.org)

Aufbau und Entwicklung; das Ausblenden der Rolle Pakistans bei der erneuten Destabilisierung Afghanistans.

Ein Aufwachen und Umsteuern des internationalen Einsatzes geschah seit 2008/2009 unter dem neuen US-Präsidenten Obama. Auf deutscher Seite verzögerte sich der Strategiewechsel, weil Berlin lange die Verschärfung der Lage vor allem im Raum Kunduz trotz vieler Warnungen nicht wahrhaben wollte.

Heute ist die Lage sehr zwiespältig.

Bei Besuchen vor Ort sind Teilfortschritte weiterhin unübersehbar. Die Region um Mazar boomt. Die von der Bundesrepublik ermöglichten vier Lehrerausbildungszentren im Norden mit Tausenden von Lehrerstudierenden sind Orte der Hoffnung. Die Fertigstellung einer ersten Eisenbahnstrecke zwischen Heiraton an der usbekischen Grenze bis Mazar ist ein historischer Schritt.

Die Sicherheitsvorfälle nehmen landesweit weiterhin zu, allerdings mit regional sehr unterschiedlicher Verteilung – 90% allein im Süden und Osten. Im Norden galten im Jahr 2010 acht der 123 Distrikte als Guerillakriegsgebiete.

Der Strategiewechsel seit 2009 ging mit enormen, vor allem von den USA erbrachten Anstrengungen einher. Sie waren insgesamt so konzertiert, die Ziele der verschiedenen Akteure so dicht beieinander wie nie zuvor. Inzwischen zeigt der Strategiewechsel erste Erfolge. Im ersten Quartal 2011 gingen die Sicherheitsvorfälle in den Provinzen Kunduz und Baghlan deutlich gegenüber dem Vorjahrszeitraum zurück. Konterkariert wird diese positive Entwicklung durch vermehrte Sprengstoffanschläge vor allem gegen hochrangige Regierungsvertreter. Unverändert beunruhigend ist der andauernde Zustrom von Kämpfern und Selbstmordattentätern aus Pakistan und der weitere Anstieg in der Zahl der Zivilopfer. Dass diese mit steigender Tendenz überwiegend von Aufständischen verursacht werden, kann nicht beruhigen.

Während ISAF voll auf die *Counterinsurgency-Strategie* setzt, bezweifeln etliche Landeskenner ihre Wirksamkeit und sehen in ihr Machbarkeitsillusionen gegenüber einer hochkomplexen und fragmentierten Gesellschaft.

Im Laufe dieses Jahres wird sich zeigen, ob die jüngsten Lichtblicke kräftiger und nachhaltig werden – oder verlöschen. Ein Sofortabzug hätte mit Sicherheit desaströse Folgen. Krieg würde nicht beendet, sondern radikalisiert.

Umso wichtiger ist es jetzt, noch vorhandene Chancen zu nutzen: Dazu gehört vor allem der forcierte Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte, die Förderung lokaler Verwaltungsfähigkeiten, der politische Prozess, d.h. Verhandlungen mit Vertretern der Aufständischen und regionale Konflikteindämmung. Das mit Pakistan hinzubekommen, ist offensichtlich ganz besonders schwierig.

### **Verweigerte Einsätze**

Völlig richtig und eine historische Leistung war 2003 die deutsche Weigerung, sich direkt am Irakkrieg zu beteiligen. Eine Beteiligung hätte nicht nur viele eigene Opfer gekostet. Die Teilnahme an einem auf einer Lüge basierenden und völkerrechtswidrigen Krieg hätte eine Bundeswehr, die auf Menschenwürde und Völkerrecht verpflichtet ist, ins Mark getroffen. Nicht nachvollziehbar ist die auffällige Vernachlässigung UN-geführter Friedensmissionen durch Deutschland. Dass Deutschland auf der Liste der UN-Truppensteller den 44. Platz einnimmt, ist ein Unruhesblatt für ein Land, für das die Unterstützung von UN-Friedenssicherung ein erstes friedenspolitisches Gebot sein müsste.

Bei der Libyen-Entscheidung waren die kritischen Vorbehalte gegenüber einer Militärintervention sehr begründet. Dass sich die Bundesregierung damit aber zugleich heraushielt aus der Akutfrage der Schutzverantwortung – was tun angesichts der bevorstehenden Rückeroberung Bengasis und der angekündigten Rache? – war eine menschenrechts-, sicherheits- und bündnispolitische Bankrotterklärung.

## **Bilanz**

(1) **Leistungen:** Die Einsätze leisteten insgesamt wichtige Beiträge zu internationaler Gewaltverhütung und Friedenssicherung im Auftrag der UN. Das heißt konkret: Sie verhinderten Tote und Verwundete, Vertriebene und Flüchtlinge, Zerstörungen. Bis auf die Ausnahmen Kosovo-Luftkrieg und Afghanistan ab 2008/2009 waren sie ausgesprochen gewaltarm. Es bestätigte sich die Erfahrung von Jahrzehnten UN-Peacekeeping, dass Militäreinsätze im UN-Auftrag nicht gleich zu setzen sind mit Kriegseinsätzen, sondern eher polizeiähnliche Kriegsverhütungseinsätze sind, wo der Einsatz von kriegerischer Militärgewalt die Ausnahme ist.

In solcher Art Einsätze sind die Anforderungen an die Soldaten besonders breit und komplex – vom Helfer, Schützer, Ausbilder, Verhandler bis zum Kämpfer. Vor Ort habe ich es immer wieder erlebt und darüber hinaus von vielen anderen erfahren: Die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr führen ihren Auftrag professionell, besonnen und mit hohem Einsatz aus. Unter Verbündeten und insbesondere der Bevölkerung der Krisenregionen sind sie gut angesehen. Sie haben allen Grund zu gesundem Selbstbewusstsein.

Demgegenüber haben wir Auftrag gebende Politiker keinen Grund zu Selbstzufriedenheit.

(2) **Erwartungen + Befürchtungen:** Gerade bei den ersten Einsätzen waren unter Befürwortern Erwartungen verbreitet, die Einsätze könnten in überschaubarer Zeit zum Erfolg kommen. In Wirklichkeit dauerten sie viel länger und waren viel komplizierter. Das hätte man eher besser wissen können, wenn man die Erfahrungen von UN-Friedensmissionen zur Kenntnis genommen hätte.

Bei Skeptikern und Gegnern stand die Befürchtung bzw. Warnung im Vordergrund, mit den Auslandseinsätzen verstricke sich Deutschland in Kriege. Diese Befürchtung bewahrheitete sich über weite Strecken nicht – nicht im Kosovo ab Sommer 1999, nicht in Mazedonien 2001, nicht im Kongo 2006. In Afghanistan bestätigte sich die Kriegsbefürchtung in den ersten ca. fünf Jahren nicht, seitdem allerdings zunehmend.

Ebenfalls bewahrheitete sich nicht die Warnung vor einer „Militarisierung der Außenpolitik“, wenn man hierunter ein Setzen auf militärische Konfliktlösung versteht.

Die historisch begründete Befürchtung eines *mission creep*, einer schleichenden Missionsausweitung, bewahrheitete sich nicht auf dem Balkan, wo man mit starken Kräften begonnen hatte. Sie bestätigte sich im Fall Afghanistan, wo man aus plausiblen Gründen mit sehr schwachen Kräften (*light footprint*) de facto ein „Billig-Peacekeeping“ begonnen hatte.

(3) **Bilanzierung:** Nach 20 Jahren Auslandseinsätzen gibt es hierzu bis heute seitens ihrer Auftraggeber Bundesregierung + Bundestag keine systematische und öffentliche Auswertung – was hat es gebracht, wo waren die Stärken, wo Schwächen und Fehler, was sind die *lessons learned*? Wie oft habe ich so etwas auf der politischen Ebene gefordert, erstmalig nach dem Kosovokrieg, dann als Ausgangsbasis für jede neue Bundeswehrreform. Eine solche Bilanzierung könnte über den Kreis der Fachleute hinaus Klarheit schaffen über die Leistungsfähigkeiten und Grenzen von Militär und anderen Akteuren bei der Krisenbewältigung.<sup>4</sup> Die hier zutage tretende Langsamkeit bis Verweigerung politischer Lernprozesse ist für mich nach 15 Jahren Bundestag die ernüchterndste Erfahrung.

---

<sup>4</sup> Winfried Nachtwei: Bilanz des Kosovo-Krieges – nicht wieder wegsehen! März 2000; W.N.: Immer schneller, weiter, härter? Wirksamkeit und Grenzen internationaler Einsätze, in: Soldat + Technik 9/2004; W.N.: Auslandseinsätze der Bundeswehr: Anmerkungen zu einer Zwischenbilanz, 2006/2008; W.N.: Nach fünf Jahren Beteiligung an Enduring Freedom: Nicht mehr dringlich und nicht mehr

Die mangelnde systematische Bilanzierung begünstigte ein in den letzten Jahren zunehmendes Durcheinander im sicherheitspolitischen Denken: Die Entgrenzung des Verteidigungsbegriffs insbesondere nach dem 11. September 2001, eine zunehmende Orientierung auf nationale Sicherheitsinteressen auf Kosten eines Denkens in Kategorien internationaler kollektiver Sicherheit, das Verhältnis von staatlicher und menschlicher Sicherheit, das diffuse Verhältnis von Wirtschaftsinteressen und Militäreinsätzen, ein unklarer werdendes Verhältnis zum Krieg, der irreführende Begriff der „humanitären Intervention“, die Verkürzung der *responsibility to protect* auf Militärintervention und die Vernachlässigung der *responsibility to prevent + to rebuild*.

(4) **Entscheidungsprozesse** vor Auslandseinsätzen waren nie Routine. Über die intensiv befassten Fachpolitiker hinaus knieten sich auch so viele fachfremde Abgeordnete in die Thematik wie bei wenigen anderen Themen. Für sehr viele sind es Gewissensentscheidungen. Wichtige Prüfkriterien waren regelmäßig die sicherheitspolitische und bündnispolitische Dringlichkeit, die Ausschöpfung nichtmilitärischer Möglichkeiten, die völkerrechtliche Legalität, die Leistbarkeit, Risikoabschätzung und Verantwortbarkeit, die Erfolgserwartung.<sup>5</sup> Andere Interessen und Erwägungen (z.B. Koalitionsdisziplin) tragen erheblich zur Entscheidungsfindung bei.

(5) Bei **Startentscheidungen** zu Einsätzen fiel mir besonders auf:

- Es waren immer ad-hoc- Entscheidungen, Reaktionen auf die internationale Tagesordnung, nicht eingebettet in den Klärungs- und Verständigungsprozess einer breiteren sicherheitspolitischen Debatte.
- Die Militärlastigkeit vor allem der öffentlichen Wahrnehmung und Debatte, die die enorme Bedeutung politischer und ziviler Anstrengungen ignoriert.
- Schließlich der Vorrang des Rechtfertigungsdiskurses vor einem Wirksamkeitsdiskurs. Die Kenntnisse der Entscheider über die Krisenregion halten sich trotz aller schneller Informationsbeschaffung sehr in Grenzen. Eine differenzierte Konflikt- und Chancenanalyse liegt zumindest dem Bundestag in der Regel nicht vor.

(6) Bei der politischen **Einsatzbegleitung** und –kontrolle wurden besonders beim Afghanistaneinsatz folgende Mängel deutlich:

- Das Lagebild ist lückenhaft. Bis heute erhält der Bundestag keine laufende Sicherheitslage Afghanistan, aus der Trends und Schwerpunkte ablesbar wären. Es ist ein Unding, dass ich deshalb seit vier Jahren Materialien zur Sicherheitslage zusammenstellen und veröffentlichen muss.<sup>6</sup>
- Über Jahre verhinderten Mechanismen und Mentalitäten des Schöner-Redens eine ungeschminkte Wahrnehmung der Wirklichkeit. Hier wirkte immer wieder eine unheilige Allianz zusammen: Von oben eine von innenpolitischen Kalkülen geprägte Haltung, wo

---

verantwortbar; November 2006; W.N.: Auslandseinsätze in der (politischen) Krise: Auch die Politik braucht eine Transformation, in: Info-Brief Heer 1/2007; W.N.: Der ISAF-Einsatz der Bundeswehr – Anmerkungen zu einer überfälligen Bilanzierung, in: Friedensgutachten 2010, Berlin Mai 2010. Die Friedens- und sicherheitspolitische Kommission von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN legte mit ihrem Abschlussbericht im Herbst 2008 auch Bilanzierungen des Kosovo- und Afghanistaneinsatzes vor sowie „Grüne Prinzipien für internationales Krisenengagement und Auslandseinsätze“.

<sup>5</sup> W.N.: Die Parlamentsbeteiligung in Regierung und Opposition: Bündnis 90/Die Grünen, in: Christoph Schwegmann a.a.O.

<sup>6</sup> W.N.: GENAUER HINSEHEN: (1) Sicherheitsvorfälle AFG Nord August 2010 bis Anfang Mai 2011, (2) Sicherheitsvorfälle landesweit, (3) Sicherheitsvorfälle nach Wochen, Regionen und Kategorien (fortlaufend seit Sommer 2007), auf: [www.nachtwei.de](http://www.nachtwei.de)

kritische Berichte eher als Störfaktoren gelten; von unten und über die Stufen der Hierarchie die Rücksichtnahme auf die eigene Karriere, wo „zu viel“ Kritisches nicht förderlich wirkt.

- Die langjährige Verweigerung einer über politische Einschätzungen hinaus gehenden Wirksamkeitsbewertung. Anerkennenswert sind die vielen, in den Input-Berichten aufgeführten Maßnahmen und Projekte. Was aber bleibt, der Output, blieb offen. Krass war das bei OEF. Die Antwort auf die fundamentale Frage nach der Wirksamkeit von OEF in Afghanistan wurde notorisch nicht beantwortet, auch nicht von Abgeordneten der jeweiligen Koalitionen.
- Bei der parlamentarischen Begleitung der Einsätze standen immer wieder Fragen des operativen Klein-Klein im Vordergrund – und politisch-strategische Fragen im Schatten.

(7) **Rechtsstaatlichkeit** von Einsätzen: Der ohne UN-Mandat erfolgte Kosovo-Luftkrieg wurde nicht, wie vielfach befürchtet, zum Präzedenzfall. Alle anderen Einsätze erfolgten auf der Grundlage eines UN-Mandats. Um die Rechtsstaatlichkeit im Einsatz steht es zwiespältig. Das deutsche Ordnungswesen gilt uneingeschränkt bis in die letzten Verästelung der Straßenverkehrszulassungsverordnung und der deutschen DIN-Normen. Vor Ort wirkt das oft nur noch einsatzbehindernd.

Rechtsunsicherheit bestand für die Soldaten trotz UN-Ermächtigung, *rules of engagement* und Taschenkarte lange hinsichtlich ihrer Befugnisse, im Rahmen eines Stabilisierungseinsatzes gefangen zu nehmen und tödliche Gewalt einzusetzen. Heikle und eher tabuisierte Grau- und Problemzonen ergeben bis heute sich aus der Zusammenarbeit mit einzelnen Verbündeten und einheimischen Sicherheitskräften, die Menschen- und humanitäres Völkerrecht z.T. weit interpretieren oder auch ignorieren. Beispielhaft dafür stehen US-Drohneinsätze gegen Verdächtige oder Folterpraktiken beim afghanischen Geheimdienst.

(8) Am viel beschworenen **Ansatz der vernetzten Sicherheit** (*comprehensive approach*) scheiden sich die Geister und Wahrnehmungen. Der Grundgedanke, dass bei gemeinsamen Zielen zumindest alle staatlichen Akteure bestmöglich zusammenwirken sollten, ist plausibel, ja zwingend. Dazu fordert der UN-Sicherheitsrat in seinen Resolutionen regelmäßig die Unterstützer einer Friedensmission auf. Auf erheblichen Widerspruch stößt der – bisher in der Tat sehr vage – Ansatz der vernetzten Sicherheit bei vielen NGO`s und Hilfsorganisationen vor allem in Deutschland. Sie sehen in ihm den Versuch von Sicherheitspolitik und Militär, zivilgesellschaftliche Akteure zu vereinnahmen und zu instrumentalisieren.

Die Umsetzung vernetzter Sicherheit wird auf verschiedenen Ebenen und je nach Ressort höchst unterschiedlich bewertet. Von oben heißt es, alles sei gut: man rede miteinander, treffe sich regelmäßig, verstehe sich gut. Auf Seiten der Praktiker ergibt sich hingegen ein eher kritisches Bild. Militärs äußern sich am kritischsten. Konstatiert werden wohl Fortschritte beim pragmatischen Umgang miteinander im Einsatzland. Es bleiben aber die Grundprobleme von höchst unausgewogenen Personalkapazitäten, unterschiedlichen Zielen, Zeithorizonten, Organisationskulturen, die ein bestmögliches Zusammenwirken behindern.

Dahinter steht ein strukturelles Problem: Während Auslandseinsätze für die Bundeswehr im Mittelpunkt stehen und allerhöchsten Einsatz fordern – bis zum Einsatz des eigenen Lebens -, sind die Beteiligungen an Auslandseinsätzen für andere Ressorts eine Aufgabe neben vielen anderen, ja eine Nebensache, die wie im Fall Polizei sogar in Konkurrenz zu den Hauptaufgaben erfüllt werden muss. Während die Bundeswehr in Kenntnis ihrer begrenzten Wirksamkeit bei der Krisenbewältigung ganz besonders auf das Zusammenwirken mit zivilen Akteuren angewiesen ist und darauf drängt, ist das Kooperationsinteresse der anderen Ressorts grundsätzlich gedämpft.

Hinzu kommt schließlich ein bei allen Akteuren verbreiteter Hang zu Organisationsegoismen. In der Ausbildung und Einsatzvorbereitung spielt die Förderung von Kooperations- und Interaktorsfähigkeit noch eine zu geringe Rolle. Im Sommer 2009 führte das AA den ersten

(!) Vorbereitungskurs für zivil-militärisches Führungspersonal der PRT's in Afghanistan durch.

(9) **Öffentliche Kommunikation:** Der Gegenstand ist komplex und fern von den Lebenswelten hierzulande, strittig und zugleich mit viel Gesinnung belegt.

Insgesamt wurde der Stellenwert der öffentlichen Kommunikation bei Auslandseinsätzen und insbesondere in asymmetrischen Konflikten erheblich unterschätzt.

Um Zustimmung in Parlament und Öffentlichkeit zu gewinnen, wurden nüchtere sicherheitspolitische Beweggründe weniger, humanitäre eher mehr betont. Im Fall Kosovo wurden das tatsächliche Motiv Schutzverantwortung teilweise mit einem moralischen overkill kommuniziert. Der Afghanistaneinsatz wurde besonders häufig mit dem unbestreitbaren Fortschritt der Mädchenschulen gerechtfertigt, obwohl damit ein Streitkräfteeinsatz nicht legitimiert werden kann.

Statt die riskante Komplexität eines Stabilisierungseinsatzes in Afghanistan offen und konkret zu vermitteln, wurde sie jahrelang lieber weich gezeichnet. Dafür steht das Bild des „Entwicklungshelfers mit dem Gewehr.“ Gerade in der Zeit der sich verschärfenden Lage seit 2007 verbot das Ministerium den Einsatzsoldaten das offene Wort gegenüber den Medien.

Der Umgang mit dem „K-Wort“ (Krieg) verlief in zweifacher Weise äußerst kontraproduktiv.<sup>7</sup> Unter Minister Jung wurde die Kriegsrealität der Soldaten in Kunduz seit 2008/2009 geleugnet und mit dem Stabilisierungsauftrag schöngeredet. Das zerstörte Glaubwürdigkeit. Minister zu Guttenberg nannte dann die kriegerische Situation der Soldaten in Kunduz zu Recht beim Namen. Diese „neue Ehrlichkeit“ leistete aber in ihrer Pauschalität einer Wahrnehmung Vorschub, als sei in ganz Afghanistan Krieg und Auftrag der Bundeswehr jetzt Krieg. Verbreitet wurde jetzt das Bild, als sei Bundeswehr von Anfang an im Krieg gewesen. Die Rede war von einer „Kriegslüge“ seit 2002. Dieser Geschichtsverdrehung im Namen der „Ehrlichkeit“ wurde kaum widersprochen. Nicht geleistet wurde die Differenzierung zwischen der taktischen Situation von Soldaten, die mit Guerilla- und Terrorkrieg konfrontiert sind und wo es um „die oder wir“ geht, und dem strategischen Auftrag, der weiterhin Sicherheitsunterstützung und Stabilisierung lautet und eben nicht, einen Krieg zu gewinnen. Nicht geleistet wurde die Differenzierung zwischen den (Klein)Kriegszonen einerseits und den ruhigeren Gebieten andererseits, wo Aufbau weiter möglich ist.

Ein weiterer Kommunikationsmangel ist bei Afghanistan bis heute die deutsche und militärfixierte Nabelschau. Ausgeblendet blieb die Entwicklung anderer Regionen, weitgehend unbeachtet die Arbeit der Polizisten und Entwicklungshelfer, die Leistungen und Lasten anderer Nationen. Über Jahre klopfte sich die Bundesregierung als „drittgrößter ISAF-Truppensteller“ auf die Schulter. Dass der deutsche Anteil an ISAF von anfänglich einem Fünftel auf weniger als ein Zwanzigstel zurückging, wurde geflissentlich übergangen. Und schließlich verzichtete die Bundeskanzlerin jahrelang darauf, sich zu Afghanistan zu äußern und sichtbar Führungsverantwortung zu übernehmen. Ihre erste Regierungserklärung zu Afghanistan erfolgte nach dem Luftangriff von Kunduz im September 2009 unmittelbar vor der Bundestagswahl. Der Afghanistan-Pakistan-Beauftragte erst des Auswärtigen Amtes, dann der Bundesregierung hatte offenkundig nie die Aufgabe, die deutsche und internationale Afghanistanpolitik gegenüber der Öffentlichkeit zu kommunizieren. Die deutsche Afghanistanpolitik war lange durch Gesichtslosigkeit und weitgehenden Führungsverzicht gekennzeichnet.

Viel zu wenig bedacht wurde, dass terroristische Aktivitäten wesentlich auf öffentliche Meinung und politisch-psychologische Wirkung zielen und durch den medialen Alltag des

---

<sup>7</sup> W.N.: Krieg in Afghanistan – Bundeswehr im Krieg: Führt die Bundeswehr Krieg? Oktober 2008 und November 2009



bad-news-Mechanismus verstärkt werden. Dass nach Anschlägen und Verlusten immer wieder und primär das – zweifellos wichtige - Thema unzureichender Ausrüstung und Bewaffnung dominierte, war so kurzsichtig wie wehrlos. Eine Neigung zur Hühnerhaufen-Kommunikation wirkte des öfteren wie friendly fire.

Auf dem Feld der öffentlichen Kommunikation blieben Regierung und Parlament gemeinsam hinter den hohen Anforderungen zurück.

(10) **Innere Führung:** Seitdem Bundeswehrsoldaten im Kampf stehen und erleben, wie Kameraden verwundet und getötet werden, seitdem sie selbst schießen, töten, verwunden, ist Innere Führung unter einer Belastungsprobe sondergleichen. Viele zweifeln am Sinn des Einsatzes, weil sie keine Erfolgchancen sehen. Sie sind zurückgeworfen auf ihre professionelle Berufseinstellung und – vor allem die Einsatzsoldaten – auf die Kameradschaft als letzter und stärkster Halt. Zugleich erfahren sie seitens der Gesellschaft viel mehr Desinteresse als Anerkennung. Für einen Söldner mag das egal sein. Für einen Staatsbürger in Uniform ist das unzumutbar.

## Lehren und Schlussfolgerungen

(1) Trotz der ernüchternden Afghanistanerfahrungen bleiben Auslandseinsätze ein **notwendiges Mittel** auch einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, die Friedenspolitik sein will und die darum weiß, dass mit Militär (allein) keine Konflikte zu lösen sind. Das zeigen schon die Blicke auf die Tagesordnungen des UN-Sicherheitsrates und die ZIF-Weltkarte der „Crisis Prevention and Peace Operations 2010“ ([www.zif-berlin.org](http://www.zif-berlin.org)).<sup>8</sup> Afghanistan ist äußerst lehrreich, auch schmerzhaft, sollte aber keine Blaupause sein. Geboten ist mehr Nüchternheit, Weitsicht und Konsequenz. Allein das Militär verfügt über schnell verfügbare Kräfte mit einem breiten und flexiblen Fähigkeitsspektrum. Das Risiko ist erheblich, dass in dieser „Verfügbarkeitsfalle“ Militär zum Politikersatz wird. Nicht alles, was als berechtigt und notwendig erscheint, ist auch möglich und sinnvoll. Zuwenig bewusst ist, dass Militäreinsätze zugleich ein besonders teures, riskantes und ggfs. tückisches Mittel mit begrenzter Wirkung sind. Insofern darf Militär kein so „normales“ Mittel von Politik wie viele andere sein. Eine Kultur der militärischen Zurückhaltung ist weiter geboten.

(2) Der erweiterte **Bundeswehrauftrag** sollte endlich seinen Niederschlag im Grundgesetz finden. Ein Unding ist, dass sich die jetzige Einsatzrealität aus dem Grundgesetz nur unter Zuhilfenahme des Urteils des Bundesverfassungsgerichts von 1994 erschließen lässt.

Notwendig ist eine Grundgesetzpräzisierung in der Art

*„Bewaffnete Streitkräfte dürfen außerhalb der Landes- und Bündnisverteidigung nur eingesetzt werden zur Gewalteindämmung und internationalen Rechtsdurchsetzung im Dienste kollektiver Sicherheit und im Rahmen des UN-System“.*

Dieser erweiterte Bundeswehrauftrag ist abgeleitet aus dem Friedensgebot des Grundgesetzes und der UN-Charta. Er ist allgemein eine Absage an eine schleichende Rehabilitierung des Krieges und konkret ein Trennungsstrich zu Militärinterventionen für partikuläre (Macht)Interessen.

---

<sup>8</sup> Vgl. auch „Annual Review of Global Peace Operations 2011“ des New York University Center on International Cooperation, Juni 2011, [www.frieden-sichern.de](http://www.frieden-sichern.de). Für konzeptionelle und begriffliche Klärung zentral und hilfreich ist *„Eine sicherere Welt: Unsere gemeinsame Verantwortung“*, Bericht der 2003 von VN-Generalsekretär Kofi Annan eingesetzten Hocharangigen Gruppe für Bedrohungen, Herausforderungen und Wandel, VN-Generalversammlung 2.12.2004. Das hier entwickelte breitere, umfassendere Konzept kollektiver Sicherheit verknüpft staatliche und menschliche Sicherheit und verdient viel mehr Beachtung! [www.un.org/Depts/german/gsonst/a-59-565.pdf](http://www.un.org/Depts/german/gsonst/a-59-565.pdf)

(3) Angesichts der Strategieschwäche deutscher Sicherheitspolitik ist **Strategiebildung** dringend. Hilfreich wäre eine Strategic Review der Bundesregierung alle zwei Jahre.<sup>9</sup> Wo Institutionen und Staatsbildung, wo Sicherheitsreform und Demokratieförderung inzwischen Schlüsselvorhaben internationaler Stabilisierung und Friedenskonsolidierung sind, bedarf es endlich der konzeptionellen Klärung und Unterfütterung mit Regionalkompetenz. Ernüchternde Erfahrungen mit der „Illusion Statebuilding“ drängen dazu, realitätstüchtige Konzepte ohne Machbarkeitsillusionen eines „social engineering“ zu entwickeln.

(4) Über die Lippenbekenntnisse zur **zivilen Krisenprävention**, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung hinaus müssen ihre Fähigkeiten auf nationaler und EU-Ebene deutlich gestärkt werden. Das beginnt bei der Verknüpfung von *early-warning*- und *early-action*-Mechanismen, insbesondere einem internationalen Frühwarnsystem vor Völkermord und den anderen Tatbeständen *der responsibility to protect*. Über die guten Möglichkeiten vor allem des Zentrums Internationaler Friedeneinsätze ZIF und des Zivilen Friedensdienstes hinaus bedarf es stehender Kapazitäten von schnell verfügbaren zivilen Fachleuten einschließlich Polizei. Angesichts der Bedeutung von *local ownership* ist vor allem die Förderung von Präventionskapazitäten in den Regionen von großer Bedeutung. Das *Kofi Annan Peacekeeping Center* in Ghana steht beispielhaft dafür.

(5) Seiner **internationalen Mitverantwortung** entsprechend sollte Deutschland die ungenutzte Chance der UN-Friedensmissionen besser nutzen und unterstützen. Hier geht es nicht um Kontingenteinsätze, sondern die Bereitstellung von besonders benötigten und qualifizierten militärischen, zivilen und polizeilichen Fähigkeiten.<sup>10</sup>

(6) **Mandate** müssen – so die grundlegende Erfahrung des Brahimi-Report von 2000 – klar und erfüllbar sein, ihre Ziele müssen – soweit möglich - operationalisiert und überprüfbar, ausgerichtet auf Exitkriterien. Wenn das unter dem Zeitdruck des Startmandats nicht möglich ist, muss zumindest danach schnell darauf hin gewirkt werden. Umfassende Kenntnisse über das Krisengebiet und realitätsnah-bescheidene Ziele sind erste Anforderungen an eine Mandatsentscheidung, das verantwortbar sein soll. Unterhalb des großen Dachs der UN-Mandate sollten reale Ziel-Dissense zwischen den Nationen politisch geklärt werden.

(7) **Rechtsstaatsbindung** im Einsatz bedeutet, für die Soldaten so viel, wie in einem asymmetrischen Konflikt möglich, Rechtssicherheit zu schaffen. Amnesty International schlägt deshalb ein „Streitkräftegesetz“ vor. Die Entbürokratisierung des deutschen Vorschriftenwesens für den Einsatzfall drängt, auch wenn dies wahrscheinlich eine Herkulesaufgabe ist. Im zivilen Bereich von Aufbau und Friedensförderung wirkt die Bundeshaushaltsordnung als ein Korsett, das behindert statt stützt.

(8) **Kohärenzförderung** ohne Kohärenzillusionen: Vernetzung und Koordination sind kein Selbstzweck. Sie sollen Wirksamkeit im gemeinsamen Ziel verbessern – und nicht in immer mehr Selbstbeschäftigung münden. Staatliche Akteure sind zum bestmöglichen Zusammenwirken verpflichtet. Bei großen Einsätzen wären „umfassende Mandate“ sinnvoll, in denen neben den militärischen Aufgaben, Kräften und Ressourcen auch die Aufgaben, Kapazitäten und Ressourcen in zentralen zivilen Bereichen festgelegt werden. Über die

<sup>9</sup> Vgl. Antrag von Bündnis 90/Die Grünen: Ressortübergreifende Friedens- und Sicherheitsstrategie entwickeln, BT-Drs. 17/6351 vom 29.6.2011, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/063/1706351.pdf>

<sup>10</sup> Ekkehard Griep, Winfried Nachtwei: Für eine politische Aufwertung der VN-Friedenssicherung in Deutschland - VN-Peacekeeping: Ungenutzte Chancen nutzen, DGVN Policy Paper, Berlin Juni 2011, [www.frieden-sichern.de](http://www.frieden-sichern.de)

bisherige Verdichtung von Ressortzusammenarbeit hinaus sind auch ressortgemeinsame Strukturen notwendig, z.B. bei der Lageerfassung, Planung und Wirksamkeitsbewertung sowie ein gemeinsamer Haushaltstitel. Hier kann der 2010 eingerichtete Bundestags-Unterausschuss für Zivile Krisenprävention und Vernetzte Sicherheit Motor und Lobby sein. Vernetzung und Koordination mit NGO's kann unter der Voraussetzung gemeinsamer Ziele nur auf freiwilliger Grundlage und als sich ergänzende Partnerschaft gelingen. Druck oder Vereinnahmungen sind kontraproduktiv.

Erste Voraussetzung für mehr Kohärenz sind ausgewogene Personalkapazitäten und ein Mehr an gemeinsamer Ausbildung und vor allem Übung.<sup>11</sup> Ein wichtiger Schritt ist das „Ausbildungsmodul Zivile und Militärische Interaktion im Rahmen der Friedenskonsolidierung“, das im November erstmalig von Führungsakademie der Bundeswehr FüAk und Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GIZ an der FüAk veranstaltet wird.

(9) **Bundeswehr- und Politikreform:** Vor diesem Hintergrund und angesichts der gängigen Bekenntnisse zu vernetzter Sicherheit muss die aktuelle Neuausrichtung der Bundeswehr zwingend eingebettet sein in eine Reform deutscher Sicherheits- und Friedenspolitik insgesamt. Alles andere bringt Stückwert und keine wirksameren Auslandseinsätze im Rahmen multidimensionaler Krisenbewältigung.

(10) **Wirksamkeitsorientierung:** Über die wichtigen Fragen von Einsatzregeln und Ausrüstung dürfen nicht die entscheidenden Fragen nach der Wirksamkeit des Einsatzes im Rahmen des Auftrages beiseite gedrängt werden. Winrich Kühne, Gründungsdirektor des ZIF, drängte im Kontext der *responsibility to protect* auf eine *responsibility to be effective* und die Verantwortung, kein Chaos anzurichten (*responsibility not to mess up*). Etabliert werden muss eine ungeschminkte Lageerfassung und kritikfähige Wirksamkeitsüberprüfung. Dafür ist unabhängiger Sachverstand außerhalb der staatlichen Institutionen unverzichtbar. Bisher fehlt es an einer Kultur des selbstbewussten und konstruktiven Umgangs mit Fehlern.

(11) **Zeitfaktor:** Frühzeitige und rechtzeitige Prävention kann die viel höheren Kosten akuter Krisenbewältigung einsparen und hat höhere Erfolgchancen als die Eindämmung, gar Lösung eines verhärteten und eskalierten Konflikts. Bei Einsätzen zur Krisenverhütung und Krisenbewältigung kommt es darauf an, die relative Gunst der ersten Monate zu nutzen. Deshalb sind schnelle und umfassende Reaktionen so wichtig. Wo es um Stabilisierung und Friedensförderung geht, sind Ausdauer und strategische Geduld unabdingbar. Zugleich bedarf es der Aufmerksamkeit und Flexibilität, gegebene „Fenster der Gelegenheit“ zu nutzen.

(12) **Öffentliche Kommunikation:** In Zeiten, wo die sicherheitspolitische Betroffenheit gering ist und die Herausforderungen unübersichtlich sind, wo immer mehr Interessenten um die begrenzte Aufnahmefähigkeit der Menschen rangeln, da ist die öffentliche Kommunikation von Sicherheitspolitik und Friedenspolitik äußerst schwierig, also besonders herausfordernd. Bloß professionellere PR oder Propaganda ist da aussichtslos. Erste Anforderung ist Transparenz, Ehrlichkeit, Glaubwürdigkeit und Verständlichkeit.<sup>12</sup> Das muss sich zuerst in der Sprache niederschlagen, wo technokratische Begriffe die Wahrnehmung vernebeln. Zu ermöglichen und fördern ist das GENAUER HINSEHEN. Notwendig ist der

<sup>11</sup> Vgl. Claudia Major, Elisabeth Schöndorf: Umfassende Ansätze, vernetzte Sicherheit – Komplexe Krisen erfordern effektive Koordination und politische Führung, SWP-Aktuell 22, Berlin April 2011, [www.swp-berlin.de](http://www.swp-berlin.de); Andreas Wittkowsky/Jens Philip Meierjohann: Das Konzept der Vernetzten Sicherheit: Dimensionen, Herausforderungen, Grenzen, ZIF Policy Briefing, Berlin April 2011, [www.zif-berlin.de](http://www.zif-berlin.de)

<sup>12</sup> W.N.: Für eine Kultur des Hinsehens, in: „loyal“ 3/2010

Blick über die Tellerränder der Nationen und Ressorts. Einsatz erfahrene Soldaten, Entwicklungshelfer, Polizisten und Diplomaten müssen ganz anders zu Wort kommen. Nur so kann Verständnis für eine Anstrengung entstehen, die nur als multinationales und akteursübergreifendes Gemeinschaftsunternehmen Aussicht auf Erfolg hat. Das heißt zugleich aber: Eine solche Art öffentlicher Kommunikation kann einer mangelhaften Politik keine Akzeptanz verschaffen.

(13) **Rückkehrer:** Die Rückkehrer aus den Krisenregionen, die Soldatinnen und Soldaten, aber auch die Polizisten, Entwicklungshelfer und Diplomaten, verdienen und brauchen Aufmerksamkeit, Anerkennung und verlässliche Unterstützung. Das gilt unabhängig von der politischen Bewertung einzelner Einsätze. Denn diese Frauen und Männer wurden im Rahmen des Friedensauftrags des Grundgesetzes von den demokratisch legitimierten Spitzen der Bundesrepublik Deutschland entsandt. Hier stellt sich eine zweifache Herausforderung:

- Alle, die körperlich und/oder seelisch verwundet zurückkehrten, brauchen absolut verlässliche Unterstützung und Versorgung. Das gilt genauso für die Angehörigen und Hinterbliebenen. Nach Jahren der Verdrängung hat sich erst in den letzten Jahren einiges getan.
- Staat und Gesellschaft müssen sich öffnen für die Erfahrungen von Rückkehrern, die ein Engagement auf dem Balkan, im Kongo, in Afghanistan zeitlebens nicht mehr loslässt und die mit ihrer praktischen Erfahrung viel zu einer breiteren wie fundierteren sicherheits- und friedenspolitischen Bildung und Debatte in Deutschland beitragen könnten.

(14) **Besondere Dringlichkeit:** In der Politik gibt es Empfehlungen und Forderungen wie Sand am Meer. Alltägliche Erfahrung ist, dass vieles ungehört bleibt, versandet, aufgeschoben wird. In Sachen Auslandseinsätze müsste es anders laufen. Erstens, weil es hier um nicht weniger als um Krieg und Frieden geht. Zweitens, wo vor allem junge Männer und auch junge Frauen in Einsätze befohlen werden, wo sie ihr Leben, ihr Lebensglück und die Zukunft ihrer Familien riskieren, da sind Bundesregierung und Bundestag ganz anders in der Verantwortung, ja Pflicht. Solches ist nur zu verantworten, wenn die politischen Auftraggeber alles dafür tun, dass die Einsätze auch sicherheits- und friedenspolitisch wirksam sind, also Sinn machen. Andernfalls sind solche Einsätze bewaffneter Streitkräfte nicht verantwortbar. Dann wäre das – in Umkehrung des Wortes von Altkanzler Helmut Schmidt – ein Missbrauch von Soldaten durch Unterlassung.

(15) **Innere Führung** fängt oben an – bei einem Primat der Politik, der auch kompetent und verantwortlich ausgefüllt wird und in letzten Jahren verlorenes Vertrauen zurückgewinnt.

### **Eine exemplarische Erfahrung: „Grummeln im Parlament“**

Unter dieser Überschrift berichtete am 1. März 2007 Thomas Kröter in der *Frankfurter Rundschau* über die Debatte zum TORNADO-Einsatz in Afghanistan:

*„Winfried Nachtwei ist ein geduldiger Mensch. Aber einmal reißt auch ihm der Faden. Zu viele Appelle hat er gehört, zu viele selbst vom Stapel gelassen. Zu oft hat er sich von Zusicherungen der Bundesregierung verträsten lassen. Nun ist Schluss. Der Verteidigungsexperte der Grünen – normalerweise staatstragend, als gehöre seine Partei noch der Regierung an – erklärt seinen Austritt aus der Koalition der Ja-Sager. Diesmal wenigstens kann er seiner Fraktion „eine Zustimmung zu dem Tornado-Einsatz nicht empfehlen“. Man merkt dem 60-Jährigen die Bewegung an, als er am Mittwoch ans Rednerpult des Bundestages tritt. Zorn kommt da zum Ausdruck und auch Enttäuschung. Ehe er sich zu diesem Nein durchrang, hat er die Gründe für und wider in einem langen Argumentationspapier in bewährter Schafsgeduld hin und her gewälzt. Am Ende kam er zu dem Schluss, dass all die Appelle zur Überprüfung der Afghanistan-Strategie der NATO, die „unter*

*Fachleuten viel Zuspruch“ bekommen haben, in der „realen Afghanistan-Politik aber weitgehend ohne Wirkung“ geblieben sind. Also nichts wie raus? Nein, als Ruf zum „Exit“ wie das im vornehmen Strategieenglisch heißt, mag er seine Intervention nicht verstanden wissen, wohl aber als „Warnruf, das internationale Engagement“ am Hindukusch „nicht vor die Wand zu fahren“. Der Grüne spricht öffentlich aus, was viele auch in den Regierungsparteien denken oder gar diskret debattieren...“*

**Repliken, Kommentare und Kritiken gerne an [winfried@nachtwei.de](mailto:winfried@nachtwei.de)**